

**Holger Mann**

Rede TOP 12, 82. Sitzung, 18. September 2013



**Stellungnahme zum "20. Tätigkeitsbericht 2011/2012 des Sächsischen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik" (Berichtszeitraum: 1. Juli 2011 bis 30. Juni 2012)**

Drucksache (Nr.): 5/12288

Abrufbar unter <http://edas.landtag.sachsen.de/>

---

**+ Redemanuskript: Es gilt das gesprochene Wort +**

**Sehr geehrte/r Frau/Herr Präsident,**

**Sehr geehrte Damen und Herren,**

**insbesondere Herr Rathenow,**

"Wir kümmern uns so lange um die Aufarbeitung, wie die Gesellschaft es will" **sagte** Roland Jahn trotzig im Frühsommer in der Debatte um die Zukunft seiner Behörde.

Doch woran misst man, was eine Gesellschaft will? Was sind Indikatoren für den Wunsch der Deutschen nach Aufarbeitung?

Ein Indikator könnte tatsächlich sein, wie die Arbeit der Stasi-Unterlagenbehörde in Bund und Land und den einzelnen

Außenstellen angenommen und abgefragt wird.

Genau darüber legt der Bericht des Landesbeauftragten Zeugnis ab.

Und die Bilanz des Jahres 2011/12 kann sich sehen lassen.

Fernab jeder Schlusstrich-Debatte suchen die Menschen in Sachsen das Gespräch mit den Mitarbeitern in den Außenstellen, lassen sich beraten und informieren sich.

Denn: Die Stasi-Akten dienen nicht zur einseitigen Beschuldigung, sondern zur Aufklärung, nicht selten auch zur Rehabilitation.

manchmal der Entschädigung für begangenes Unrecht.

Ein Einblick in die Akten kann helfen, den eigenen Lebensweg neu zu bewerten, Unklarheiten zu beseitigen und natürlich auch die Auseinandersetzung mit unbequemen Wahrheiten anzuschieben. All das brauchen wir im Prozess der Aufarbeitung einer Diktatur.

Die zunehmende Zahl von Anträgen auf Akteneinsicht beweist, dass sich die Menschen gerade mit mehr zeitlicher Distanz - oft erst im Herbst ihres Lebens - an die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit wagen.

In diesem Prozess leisten Lutz Rathenow und seine Kolleginnen und Kollegen einen wichtigen Beitrag. Sie wirken nicht nur in Einzelgesprächen mit Opfern und Tätern, sondern leisten auch Beiträge zur politischen Bildung in ganz Sachsen. Die Zahl und Auswahl der Ausstellungen beweisen das deutlich. Auch eigene

Publikationen legen Zeugnis darüber ab, dass hier weit mehr als Archiv-und Beratungsarbeit geleistet wird.

Besonders hervorheben möchte ich hier die Studie "Via Knast in den Westen" von Clemens Heitmann und Nancy Aris, die kurz nach dem Berichtszeitraum erschien und große Beachtung fand. Der Häftlingsfreikauf als einmaliger Vorgang devisabringenden Menschenhandels ist ein bisher zu wenig beachtetes Thema, das in diesem Sammelband differenzierte Würdigung erfährt.

**Auch** der Freistaat Sachsen hat die Möglichkeit diesem Teil der deutsch-deutschen Geschichte - mit der Errichtung einer Gedenkstätte auf dem Kaßberg in Chemnitz - gerecht zu werden.

Eine weitere neue Aufgabe bestand in der Beratung der ehemaligen DDR-Heimkinder. Wir Sozialdemokraten sind froh, dass für sie eine Entschädigungslösung erstritten wurde und danken dem Landesbeauftragten, seinen Mitarbeitern, aber auch denen in der Anlauf- und Beratungsstelle für Betroffene der ehemaligen DDR-Heimerziehung in Leipzig dafür, dass sie diese wichtige und schwierige Aufgabe übernehmen.

Kritisch zum Bericht ist zu bemerken, dass durch mangelnde Ressourcen zahlreichen Anfragen von Schulen nach Projektstunden nicht nachgekommen werden konnte. Insbesondere vor dem Hintergrund der Debatte über einen späten Sieg der Diktaturen und

die am Ende des Berichtszeitraumes veröffentlichte Studie des Forschungsverbundes SED-Staat der FU Berlin zum mangelnden Geschichtsverständnis Jugendlicher heute, sollte hierauf in Zukunft mehr Wert gelegt werden.

Nach der Lektüre des Berichtes steht fest: Die Arbeit des Landesbeauftragten und seiner Behörde ist nach wie vor wichtig und gefragt. Es wird in den kommenden Diskussionen also nicht um das "Ob" sondern um das "Wie" gehen. Wenn diese Diskussionen auch nicht im Sächsischen Landtag geführt werden, können wir von Sachsen aus aber signalisieren, dass Aufarbeitung, politische Bildung sowie Beratung von Opfern für uns nach wie vor bedeutsame Themen sind, zu dem die Landesbehörde einen wichtigen Beitrag leistet.

**„Diese Arbeit ist und bleibt uns also wichtig. Vielleicht wird Sie in den nun kommenden Herbstjahren der 19 89er-Generation sogar noch wichtiger. Wir danken daher für den Bericht und werden diese Arbeit weiter unterstützen.“**